

# Antrag

**1. Länderrat 2015  
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

**AntragsstellerIn:** Omid Nouripour ((LV Hessen))

**Tagesordnungspunkt:** Verschiedenes

## **Jemen: Militärische Intervention stoppen – Friedensgespräche aufnehmen**

Der Jemen, das ärmste Land der arabischen Welt, ist schon seit vielen Jahren Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Auch der Übergangsprozess nach der Revolution von 2011, die für Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Transparenz gekämpft hatte, konnte die zugrundeliegenden Probleme im Land nicht zufriedenstellend lösen - trotz des vielversprechenden Ansatzes der Nationalen Dialogkonferenz, die alle wichtigen Akteure des Landes, darunter auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, vereinte.

Die Houthis aus dem Nordjemen, die aufgrund machtpolitisch motivierter Benachteiligung und Diskriminierung schon seit Jahrzehnten keine adäquate Berücksichtigung im und Beteiligung am politischen Leben erfahren haben, nutzten die zunehmende allgemeine Unzufriedenheit mit der politischen Lage im Land für einen militärischen Feldzug, im Zuge dessen sie im vergangenen Jahr auch die Hauptstadt Sanaa einnahmen und in diesem Jahr den Präsidenten Hadi ins Exil trieben. Dieser Konflikt hat zahlreiche Todesopfer gefordert und die humanitäre Lage im Land weiter verschlechtert.

Die Unzufriedenheit ist aber nicht nur auf den Nordjemen beschränkt. Auch im Süden wächst der Unmut mit der Lage des Landes schon seit langem. Davon profitieren sowohl secessionistische Bewegungen als auch Al-Qaida, für die das Land eines der wichtigsten Operationsgebiete ist. Die extralegalen Drohnenangriffe der USA, mit der Unterstützung aller bisherigen jemenitischen Regierungen, haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und zu dieser Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Sie verschafften den Extremisten weiteren Zulauf.

25 Das Vorgehen der politischen Führung der Houthis und ihrer Verbündeten, die  
26 einen komplizierten Konflikt offensichtlich nur mit Waffengewalt und militärisch  
27 lösen wollen, verurteilen wir. Gleiches gilt für das Vorgehen vieler anderer  
28 Milizen.

29 Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich  
30 innenpolitischer Natur. Daher kann eine auswärtige militärische Einmischung die  
31 Probleme nur weiter verschlimmern. Jegliche iranische Unterstützung für die  
32 Houthi-Rebellen ist Wasser auf die Mühlen eines brandgefährlichen regionalen  
33 Krieges. Gleiches gilt für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens und seiner  
34 Verbündeten. Saudi-Arabien hat durch seine einseitige Einflussnahme für eine  
35 Konfliktpartei, deren Eliten unfähig und korrupt und deshalb verhasst sind, den  
36 Konflikt im Land schon seit Jahren befeuert. Jetzt drohen seine Militärschläge  
37 die konfessionelle Dimension und die Regionalisierung des Konflikts erst  
38 herbeizuführen und die Gräben weiter zu vertiefen.

39 Ein konfessioneller Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten war im Jemen  
40 jahrhundertlang unbekannt und wurde von außen, vor allem aus Saudi-Arabien,  
41 künstlich herbeigeführt. Von dieser Polarisierung profitieren gewaltsame,  
42 extremistische Gruppierungen, letztlich vor allem Al-Qaida. Zudem werden gezielt  
43 staatliche Institutionen und die ohnehin unterentwickelte Infrastruktur  
44 zerstört. Dies schwächt die Staatlichkeit Jemens auf Jahre. Dem Land droht ein  
45 langer Bürgerkrieg und ein fortgesetzter Staatszerfall.

46 Die Bundesregierung, die sich in der Vergangenheit sehr besonnen verhalten  
47 hatte, stellt sich nun in fahrlässiger Weise hinter die kontraproduktive  
48 Eskalationspolitik Saudi-Arabiens. Deutschland genießt im Jemen wegen des  
49 jahrzehntelangen entwicklungspolitischen und diplomatischen Engagements, sowohl  
50 der Bundesrepublik aber auch der früheren DDR, einen hervorragenden Ruf und wäre  
51 ein idealer Vermittlungspartner, zumal Deutschland auch über gute Kontakte zu  
52 den Houthis verfügt. Die Bundesregierung ist dabei, diese Chance auf produktive  
53 Einflussnahme auf grob fahrlässige Weise zu verspielen. Stattdessen wurde  
54 schmallippig „Verständnis“ für das Vorgehen Saudi-Arabiens und seiner Partner  
55 geäußert und die Bombardements als „legitim“ bezeichnet.

56 Auch Berichte, wonach über Gebieten unter der Kontrolle der Houthi-Gegner Waffen  
57 aus saudischer Lizenzproduktion des deutschen Herstellers Heckler & Koch  
58 abgeworfen wurden, unterminieren Deutschlands Glaubwürdigkeit. Sollten sie sich  
59 bewahrheiten, unterstriche dies einmal mehr, dass Waffenlieferungen und  
60 Lizenzverkäufe an Staaten wie Saudi-Arabien blutige Konflikte befeuern und  
61 Deutschlands Ruf nachhaltig beschädigen.

62 Leidtragende des Konflikts ist auch im Jemen vor allem die Zivilbevölkerung.  
63 Besonders die drohende Wasserknappheit und der Mangel an Treibstoff nehmen  
64 dramatische Ausmaße an. Es ist die Verantwortung Deutschlands und der EU, alle  
65 Möglichkeiten für eine diplomatische Lösung des Konflikts auszuschöpfen. Damit  
66 eine solche Lösung möglich wird, muss die Bundesregierung sich von allen  
67 auswärtigen militärischen Einmischungen im Jemen ausdrücklich distanzieren und  
68 sich für ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien einsetzen. Vor allem muss  
69 sie ihre Bemühungen für eine humanitäre Unterstützung der Bevölkerung

70 intensivieren.

71 Wir dürfen es nicht sehenden Auges hinnehmen, wenn ein weiterer Staat und  
72 Millionen weiterer Menschen unter die Räder regionaler Machtspiele geraten.

73 Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- 74 • einen sofortigen Stopp der militärischen Intervention Saudi-Arabien und seiner
- 75 Partner;
- 76 • einen sofortigen Waffenstillstand im Land;
- 77 • ein internationales Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien;
- 78 • die Einrichtung eines humanitären Korridors zur Versorgung der notleidenden
- 79 Bevölkerung;
- 80 • Friedensgespräche in Anknüpfung an die Nationale Dialogkonferenz, unter
- 81 Einbeziehung aller Interessengruppen inklusive Houthis, vor allem aus der
- 82 Zivilgesellschaft;
- 83 • eine Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses mit dem Ziel der Aussöhnung und
- 84 Beteiligung aller Volksgruppen;
- 85 • eine internationale und unabhängige Untersuchung der bisherigen Luftangriffe
- 86 auf zivile Einrichtungen, u.a. auf das Flüchtlingslager Mazraq.

87 Wir fordern die Bundesregierung auf,

- 88 • alle auswärtigen militärischen Einmischungen in den Jemen deutlich zu
- 89 verurteilen;
- 90 • ihre Kontakte zu den Konfliktparteien zu nutzen, um auf einen Waffenstillstand
- 91 und einen politischen Dialog im Land hinzuarbeiten;
- 92 • ihre humanitären Anstrengungen zu verstärken;
- 93 den Berichten nach dem Einsatz von Waffen aus deutscher Lizenzfertigung
- 94 nachzugehen und ggf. alle Möglichkeiten zu nutzen, die Fertigungslizenz an
- 95 Saudi-Arabien zu widerrufen.

### **UnterstützerInnen**

- Tarek Al-Wazir
- Felix Deist